

Pressemitteilung

34/08 – 29. Oktober 2008

Krankenversicherung: 15,5 % Einheitsbeitrag kostet Unternehmen 2 Milliarden Euro

Thüringen, Sachsen, Bremen, Niedersachsen am stärksten betroffen

Köln. Der heute von der Bundesregierung festgelegte Einheitsbeitragssatz für die gesetzliche Krankenversicherung von 15,5 Prozent ist für viele deutsche Unternehmen im Abschwung eine schwere Hypothek. 2,04 Milliarden Euro zahlen die Arbeitgeber 2009 zusätzlich. Das sind im Schnitt 75 Euro mehr pro sozialversicherungspflichtig Beschäftigtem.

Die höchste Mehrbelastung haben die Arbeitgeber in den strukturschwächeren Bundesländern Thüringen (162 Euro pro Beschäftigtem) und Sachsen (145 Euro), sowie in Bremen (96 Euro) und Niedersachsen (91 Euro) zu leisten. Das hat der Freiburger Ökonom Professor Bernd Raffelhüschen im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und des Wirtschaftsmagazins *impulse* errechnet.

„Der hohe Einheitsbeitrag ist mitten im Abschwung ein Schlag für die Wirtschaft.“, sagt INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer.

Besonders teuer wird der hohe Einheitsbeitragssatz für Unternehmen mit Mitarbeitern, die überwiegend in preiswerten Krankenkassen (zum Beispiel Betriebskrankenkassen) versichert sind. Für sie ist der Sprung auf 15,5 Prozent besonders groß.

Einige Beispiele: Der Darmstädter Pharmaproduzent Merck mit 10.300 deutschen Mitarbeitern und eigener Betriebskrankenkasse überweist im kommenden Jahr 1,3 Millionen Euro mehr für GKV-Beiträge. Das sächsische Handwerksunternehmen Unser Bäcker GmbH mit 160 Beschäftigten, die überwiegend in den preiswerten sächsischen IKK und AOK versichert sind, muss 27.000 Euro zusätzlich aufbringen (weitere Unternehmen unter www.insm.de).

Zusatzkosten für Arbeitgeber 2009

Bundesland	GKV-Beitrag von 15,5 Prozent: Mehrkosten für Arbeitgeber 2009 in Euro	Euro/ Beschäftigtem
Baden-Württemberg	266 Mil.	75
Bayern	225 Mil.	55
Berlin	62 Mil.	66
Brandenburg	34 Mil.	42
Bremen	20 Mil.	96
Hamburg	21 Mil.	35
Hessen	126 Mil.	62
Mecklenburg-Vorpommern	28. Mil.	50
Niedersachsen	224 Mil.	91
Nordrhein-Westfalen	462 Mil.	80
Rheinland-Pfalz + Saarland	93 Mil.	59
Sachsen	211 Mil.	145
Sachsen-Anhalt	44 Mil.	52
Schleswig-Holstein	52 Mil.	59
Thüringen	136 Mil.	162
Bund gesamt	2,004 Mrd.	75

Kontakt: Ronald Voigt, voigt@insm.de, Tel:(0221) 4981-418

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist eine überparteiliche Reformbewegung von Bürgern, Unternehmen und Verbänden für mehr Wettbewerb und Arbeitsplätze in Deutschland.